

Armee XXI: ein jugend-, neutralitäts- und sicherheitspolitischer Unsinn

von Lukas Reimann, 20 Jahre, Präsident Junge SVP Kanton SG, Wil

Am 4. Oktober wurde in Bern das Bundesgesetz über Armee und Militärverwaltung (Armee XXI) verabschiedet. Teile der Linken feiern die Armee XXI als grosser Schritt Richtung Armeeabschaffung und internationalistische Kreise rund um das VBS freuen sich über den grossen Schritt zu noch mehr Auslandeinsätzen und noch mehr NATO-Kompatibilität.

Unsere Armee diene bisher primär der Selbstverteidigung im Notfall. In Europa und Amerika werden Truppen zum globalen Kriegseinsatz und für die Protektorate im Kosovo, Irak oder Afghanistan geschaffen. Unsere Armeepaner richten sich mit der Armee XXI auf Nato und EU aus und planen ständig bereite Schweizer Sonderkommandos für den weltweiten Einsatz. Die Schweiz würde mit der Armee XXI auch ohne Mandat der UNO oder der OSZE an internationalen Militäreinsätzen mitmachen können. Genau dies war ein Versprechen vor der Abstimmung vom 10. Juni 2001, welches viele Bürger überzeugen konnte, dem Militärgesetz zuzustimmen. Wenn Grossmächte und Militärbündnisse heute völkerrechtswidrig ihre Interessen mit Krieg durchsetzen, darf sich ein neutrales Land nicht dafür vereinnahmen lassen. Die Armee XXI ist ein aggressives Kriegskonzept, welches unsere Neutralität massiv verletzt. Das VBS bestätigt diese Tatsachen. Oberst im GSt René Eggenberger, Chef Prospektivplanung im VBS, sagte an der Nürnberger Sicherheitstagung im September 2002: *"Es macht heute keinen Sinn mehr, neutral zu sein. Die Schweizer Armee muss sich spezialisieren und näher an die NATO heranrücken."* In einem VBS-Papier zu den Grundlagen der militärstrategischen Doktrin findet man: *"Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld, dem euroatlantischen Sicherheitsraum, kann Interoperabilität nur auf die NATO ausgerichtet sein."* Der Negativpunkt dieser mit dem Schlagwort „Sicherheit durch Kooperation“ betitelten Entwicklung ist die Unterwerfung einer ganzen Armee und damit eines ganzen Landes unter eine fremde Macht.

Im Gegenzug zu den geförderten Sondereinsatzkommandos für das Ausland sollen ausgerechnet die besonders ausgebildeten Truppen zum Schutze der Bevölkerung und lebenswichtige Einrichtungen für unser Land abgeschafft oder geschwächt werden (z.B. Alarmformation, Territorialtruppen, Flughafenregiments). Die Sicherheit der Schweiz würde dadurch gefährdet. Auch das Mitmachen im Ausland kann uns ungewollt plötzlich mitten in einen Konflikt hineinziehen. Korpskommandant Ulrich Hess äusserte sich in einem Interview mit dem Zürcher Unterländer zu den Flughafenregiments wie folgt: *"Das ist eine Lücke, die mir sehr zu denken gibt. Alle vier Jahre unternahmen wir grosse Anstrengungen, um bei einem Ereignis der Flughafenpolizei rasch Unterstützung geben zu können, und nun ist das Regiment in der neuen Planung nicht mehr existent. (...) Die Planer haben die Wichtigkeit des sensitiven Bereichs Flughafen nicht erkannt. Dabei geht es nicht nur um Kloten, sondern auch der Flughafen Genf ist betroffen. Genf und Zürich sind zwei ganz heikle Probleme. Innert Stunden kann sich hier die Situation ändern. Die Flughafenpolizei ist zwar sehr kompetent und personell gut dotiert, doch wenn ein Ereignis länger dauert, ist sie dringendst auf die Unterstützung der Armee angewiesen. Dies wurde bislang durch die Bataillone des Flughafenregiments sichergestellt. Wenn das fehlt, sind wir im Eimer."* Wenn man an neue Gefahren durch Terrorismus denkt, ist es absolut unverständlich, wie man die Sicherheit der Flughäfen so vernachlässigen kann. Die Armee XXI ist die falsche Antwort auf die sicherheitspolitische Weltlage.

Auch die direkte Demokratie in Armeefragen würde abgebaut: Gemäss geplantem Militärgesetz zur Armee XXI sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden in der Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten.

Die Ausbildung in der Armee XXI ist nach dem US-Vorbild vorgesehen: Bereits bei der Aushebung (die neu 3 Tage dauert) soll bestimmt werden, welchen Werdegang der zukünftige Rekrut einschlagen wird. Dies ist viel zu früh für Junge, die noch nicht einschätzen können, wie das Soldatenleben ist. Nach bereits 7 Wochen soll ein Teil der Rekruten in die Offiziersschule, andere in die Unteroffiziersschule verlegt werden. Auch dies ist zu früh und schwächt den Truppenzusammenhalt. Rekruten werden zum Offizier oder Unteroffizier gedrängt, ohne eine ganze RS absolviert zu haben, was zu fehlendem praktischen Wissen führen wird. Das Durchdienersystem mit zwanzig- und einundzwanzigjährigen Soldaten ist unverantwortlich. Besser wäre, den ganzen Ausbildungsbereich zu vereinfachen und klar auf die Miliz auszurichten.

Gerade für junge Schweizer sollten diese Pläne reichen, um über die Armee XXI besorgt zu sein. Doch die Jugend scheint man bei der Planung der Armee XXI völlig vergessen zu haben: Junge müssen neu im Alter von 20 bis 27 Jahren – also für viele während ihrer Ausbildung – mindestens (fast) ein Jahr Militärdienst leisten. Die volkswirtschaftlichen Kosten werden dadurch auf die Jugend verlagert. Die verlängerte Rekrutenschule (neu bis 21 Wochen) kann nicht mehr auf den Beginn der Universität oder Fachhochschule abgestimmt werden. Anstatt die militärische Ausbildung, die im internationalen Vergleich bereits sehr lange dauert, effizienter zu gestalten, wird sie nochmals verlängert. Dies ist eine sehr einfache Regelung auf Kosten der Jugend und keine Lösung. Dadurch wird es für die Armee noch schwerer, Jugendliche für den Militärdienst zu motivieren. Das bereits hohe Abschlussalter der Ausbildung erhöht sich weiter, zum Schaden der einzelnen, aber auch der Wirtschaft, welche auf junge Berufseinsteiger angewiesen ist. Diese Armee reform auf Kosten der Schweizer Jugend und der nicht-militärischen Ausbildung hat auch den VSS (Verband Schweizer Studierendenschaft) und zahlreiche Schülerorganisationen dazu gebracht, die Armee XXI abzulehnen.

Glücklicherweise wurde von verschiedenen Gruppierungen das Referendum ergriffen. Über so wichtige und weitgehende Änderungen in der Schweizer Armee, muss eine breite Diskussion stattfinden und das Volk muss das letzte Wort haben. Die Armee 21 ist ein nicht bezahlbarer Rückschritt und keine Reform. Nur das Referendum ermöglicht eine zukunftsorientierte, moderne und flexible Armee reform, welche als Kernkompetenz Sicherheit und Verteidigung einer neutralen und unabhängigen Schweiz vorsieht und den Bedürfnissen der Jugend gerecht wird.

Bis zum 23. Januar 2003 müssen 50'000 Bürger das Referendum unterschrieben haben. Dann können wir am 18. Mai 2003 in einer Volksabstimmung über die folgenschweren Armeeveränderungen entscheiden. Gibt es keine Volksabstimmung, wird die Armee XXI umgesetzt. Die Schweizer Armee würde sich damit von ihrem Erfolgsprinzip verabschieden.

Die Armee21-Befürworter sprechen wie bei allen Armee reformen von „einer erfolgreichen, modernen und harmlosen Reform.“ Das tönt schön, ist aber längst nicht mehr glaubwürdig. Eine bessere Begründung für die Armee XXI-Befürworter wäre: „ist so weil ist so“!

Unterschriftenbogen können Sie bestellen bei:

Young4FUN.ch, Postfach 569, 9501 Wil
www.young4fun.ch